

die letztere noch vor deren Unterzeichnung von den drei interessierten Faktoren einer nochmaligen Prüfung unterzogen werden wird.

Nachdem der **V o r s i t z e n d e** konstatiert, daß hiemit die einschlägigen Beratungen zu einem befriedigenden Abschlusse gediehen sind, schließt er die Sitzung.²

Aehrenthal

[Ah. E. fehlt.]

Nr. 75 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 27. Oktober 1907

RS. (und RK.).

Gegenwärtige: der kgl. ung. Ministerpräsident Wekerle, der k. k. Ministerpräsident Freiherr v. Beck, der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Freiherr v. Burián, der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister FZM. Schönauich, der k. k. Finanzminister Ritter v. Korytowski, der k. u. k. Marinekommandant Graf Montecuccoli (23. 4.), der Staatssekretär im kgl. ung. Finanzministerium Popovics.

Protokollführer: Sektionsrat Ritter v. Günther.

Gegenstand: Der Voranschlag über die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie pro 1908 sowie Bestimmung des Termins der Einberufung der Delegationen.

KZ. 18/1908 – GMCZ. 464

Protokoll des zu Wien am 27. Oktober 1907 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitz des k. u. k. gemeinsamen Ministers des Äußern Freiherr v. Aehrenthal.

Der **V o r s i t z e n d e** eröffnet die Sitzung mit der Bemerkung, daß er vor dem Eingehen in die Beratung der verschiedenen Voranschläge eine kurze Darstellung der politischen Lage abgeben wolle.

Was zunächst die Situation in Europa betreffe, so sei es erfreulich, konstatieren zu können, daß die Monarchie mit allen maßgebenden Faktoren in guten Beziehungen stehe, die bewährten freundschaftlichen Relationen erhalten und weiter gepflegt habe.

Was das Verhältnis zu zwei Staaten anbelange, das bei seinem Amtsantritte manches zu wünschen übrigließ – Redner meine Italien und Serbien – so könne er mitteilen, daß, was ersteres betrifft, seine Unterredungen mit dem Könige von Italien und Herrn Tittoni den Charakter freundschaftlichen Gedankenaustausches getragen habe.¹ Er habe die Überzeugung, daß der Wunsch bestehe, gute Beziehungen mit uns zu erhalten, und daß dieser Wunsch umso aufrichtiger sei, als Italien vermeiden müsse, ohne

² *Protokollarische Vereinbarung v. 31. 1. 1908. Siehe GMRProt. v. 9. 10. 1907, GMCZ. 462, Anm. 3.*

¹ *Aufzeichnung über eine zwischen Freiherrn v. Aehrenthal und dem italienischen Minister des Äußern Herrn Tittoni am 15. 7. 1907 in Desio stattgehabte Unterredung. Aufzeichnung über eine zwischen Freiherrn v. Aehrenthal und Sr. Majestät König Viktor Emmanuel III. am 16. 7. 1907 zu Racconigi stattgehabte Unterredung, HHStA., PA. I, Karton 481, Liase XXXV. Aehrenthals Besuch erwidert Tittoni am 22. bis 25. 8. 1907. Er führt Verhandlungen mit seinem österreichischen Amtskollegen und stellt sich dem Kaiser in Ischl vor, ebd., Karton 610, II/d-4.*

zwingenden Grund gegen uns aufzutreten. Italien habe korrekte, befriedigende Erklärungen abgegeben, sowohl hinsichtlich der Unterstützung der Reformaktion am Balkan,² als auch betreffs Albaniens. In letzterer Hinsicht erneuerte Herr Tittoni in politischer Weise die früheren italienischen Erklärungen dahingehend, daß das Adriatische Meer kein italienisches Meer sein könne, ebenso wenig wie ein österreichisch-ungarisches. Begrenzt von Österreich-Ungarn und Italien sei auf diesem Meere ein einseitiges Festsetzen Italiens nicht möglich, gleichwie der umgekehrte Fall nicht eintreten dürfte. Herr Tittoni wollte wissen, was Österreich-Ungarn tun werde, wenn sich die Integrität der Türkei nicht erhalten lasse. Redner habe sich hierauf nicht eingelassen und sich darauf beschränkt, den bisher eingenommenen Standpunkt der Aufrechterhaltung des Status quo zu betonen. Er glaube, es sei nicht der Zeitpunkt zu sagen, was wir in einem solchen Falle tun werden.

Falls die Reformaktion scheitere, falls sich kriegerische Ereignisse abspielen sollten, so haben wir freie Hand behalten, unsere Interessen zu schützen. Denselben Standpunkt der freien Aktionsfähigkeit habe Herr Tittoni eingenommen und dieser sei sicherlich aufrichtig, ob dies aber auch dessen eventuelle Nachfolger sein werden, müsse dahingestellt bleiben. Die italienischen Regierungen seien gegenüber dem Drucke der öffentlichen Meinung schwächer als die anderer Länder. Italien sei finanziell und wirtschaftlich stärker geworden und beschäftige sich in wirtschaftlicher und kultureller Betätigung lebhaft mit dem Balkan, so in Albanien und in Montenegro, und müsse leider auf unsere Unterlassungssünden in diesem Belange hingewiesen werden.

Der Redner führt nun aus, wie er sich denke, diesbezüglich eine Korrektur eintreten zu lassen und das bedrohte Terrain für uns durch wirtschaftliche und verkehrspolitische Maßnahmen, durch eine *pénétration pacifique* zu sichern beziehungsweise wieder zu erobern. Seine einschlägigen Anregungen habe er beiden Regierungen mitgeteilt³ und er wolle nur nochmals seinen Wunsch betonen, daß wir uns rühren und konsequent vorgehen sollten gegenüber der Tätigkeit Italiens. Hinsichtlich Serbiens beziehungsweise des mit diesem Staate in Verhandlung stehenden Handelsvertrages hoffe er, daß bei beiderseitigem Entgegenkommen ein Abschluß erzielt werden wird. Unsere Politik, welche darauf basierte, daß Serbien politisch und wirtschaftlich von uns abhängig sei und daher als *quantité négligeable* betrachtet werden könne, habe Schiffbruch gelitten. Freilich werde Serbien darunter leiden, wenn es nicht zum Vertragsabschlusse komme, doch finde es Unterstützung bei Frankreich, Italien und England. Für dieses ist es von größtem Interesse, die agrarischen Produkte Serbiens möglichst direkt nach dem Westen zu bringen. Diese Staaten stellten Serbien wie schon bisher Kapitalkräfte zur Disposition, und ähnlich verhalte es sich in politischer Beziehung. Von einem Konflikte würden nur andere Staaten profitieren. Vom rein politischen Standpunkte müsse Redner dringend bitten, daß die Angelegenheiten Kroatiens, Dalmatiens, Bosniens so

² *Über die Reformaktion am Balkan siehe GMR. v. 19. 11. 1903, GMCZ. 439, des weiteren K. U. K. MINISTERIUM DES ÄUSSERN, REFORMAKTION IN MAZEDONIEN.*

³ *Aehrenthal an die beiden Ministerpräsidenten v. 7. 9. 1907, HHStA., AR., F. 37, Karton 64, Serbien 6, Nr. 258.*

geführt werden, daß das Gravitationszentrum für das serbisch-kroatische Volk innerhalb der Monarchie liege.

In der letzten Zoll- und Handelskonferenz sei österreichischerseits der Gedanke näherer wirtschaftlicher Beziehungen zu Montenegro zur Sprache gebracht und von einer Zollunion geredet worden. Die Sache sei ihm sehr sympathisch, nur scheine sie ihm noch verfrüht, wir müßten zunächst unsere Beziehungen durch Abmachungen regeln und unsere Politik des Abschließens aufgeben. Wenn unser Verhältnis ein engeres wird, werde Montenegro von selbst an uns herantreten. Jedenfalls sei die Idee sehr beachtenswert.⁴

Die Beziehungen der großen Staaten untereinander können erfreulicherweise als gute bezeichnet werden. Es herrscht anscheinend die Tendenz des Zusammenschließens, der Konsolidierung, mit einem Worte der Verständigung, was wir an den zahlreichen Entrevuen der Monarchen und der leitenden Staatsmänner sowie an den Spezialakkords sehen. Es besteht der gute Wille, die Gegensätze auszugleichen oder wenigstens die Austragung zu vertagen. Und diese Tendenz dürfte noch einige Zeit anhalten.

Eine Macht – England – hat ganz spezielle Interessen, vornehmlich jenes, seine dominierende Stellung zu erhalten. Wenn man die Situation ganz genau betrachtet, so müsse man zu dem Schlusse kommen, daß, so erfreulich im ganzen das Bild der politischen Lage sei, dennoch die Gegensätze fortbestehen. Und da meine Redner zunächst das Verhältnis Deutschland–England. Noch auf der jüngst abgeschlossenen Haager Konferenz trat dieser Gegensatz grell zutage.⁵ Jede Frage sei von Deutschland und England von diesem Gesichtspunkte aus behandelt worden, sei es auf völkerrechtlichem, sei es auf maritimem Gebiete, stets im Hinblick auf einen eventuellen Krieg zwischen diesen beiden Staaten. Und mit dieser Eventualität befassen sich auch die in Betracht kommenden kleineren Staaten, die skandinavischen Länder sowie Holland und Belgien. Weiters sei in Marokko ein großer Konfliktstoff vorhanden, aus dem sich unbefehlbare Verwicklungen ergeben können.

In Ostasien herrscht Ruhe, Japan brauche dieselbe und habe auch dormalen kein Geld. Zu fürchten sei aber das Jahr 1911, in welchem der Panamakanal beendet und der amerikanischen Flotte die leichte Möglichkeit gegeben sein wird, vom Atlantischen in den Pazifischen Ozean zu fahren. Ein japanisch-amerikanischer Konflikt könne von den weitestgehenden Folgen begleitet sein und seine Wirkung auch auf die Monarchie ausüben.

Im Nahen Orient seien die Verhältnisse recht problematisch zu nennen. Die Reformaktion werde fortgesetzt und Rußland sowie Österreich-Ungarn seien daran, der Pforte

⁴ Protokoll der anlässlich der Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien am 24. 10. 1907 abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der Vertragsdelegierten, HHSTA., AR., F. 37, Karton 65, Serbien 6, Nr. 307. *Auf die Förderung der Handelsbeziehungen zu Montenegro drängt Aehrenthal auch in seiner in Anm. 3 zitierten Note vom 7. 9. 1907.*

⁵ *Aehrenthal an die beiden Ministerpräsidenten v. 13. 11. 1907 über die Friedenskonferenz*, KA., KM., Präs. 70–28/89/1907 (Abschrift). *Die Friedenskonferenz fand vom 18. Juni bis zum 19. Oktober 1907 statt, die Delegation der Monarchie stand unter Leitung von k. u. k. Botschafter Mérey*. VEROSTA, Theorie und Realität von Bündnissen 17–28.

eine Justizreform zu empfehlen. England bilde ein treibendes Element und wolle viel weiter gehen als die Ententemächte.⁶ Es könne nicht geleugnet werden, daß immerhin auch hier Grund zu einiger Besorgnis vorhanden. Rußland zeige wieder großes Interesse im Nahen Orient, es habe sich rasch vom letzten Kriege erholt und dank seiner Armee, die treu zu ihrem Kaiser gehalten, die Revolution im Inneren unterdrückt. Wohl herrschen noch kritische Zustände in Rußland, aber die Aktionsmöglichkeit dieses Reiches sei gegeben, also auch die im Nahen Orient. Es habe mit England und Japan Abmachungen getroffen, es arbeite an seiner inneren Konsolidierung, und so liege eine Aktion im Nahen Orient im Bereiche der Möglichkeit. Dies müsse nicht in der aller-nächsten Zukunft vor sich gehen, aber die erwähnten Symptome müssen beachtet werden.

Die Reformaktion habe Redner nie als Selbstzweck aufgefaßt, wohl aber als Mittel zum Zweck, um zu temporisieren und unser Verhältnis zu Rußland zu regeln. Österreich-Ungarn hätte ja kein Interesse, daß die Balkanfragen in Fluß kommen. Er habe aber auch die volle Überzeugung, daß unser gutes Verhältnis zu Rußland, daß diese Entente gute Früchte tragen werde.

Es herrscht auf der Weltbühne ein geschäftiges Treiben. Die Kulissen sind aufgestellt, die Akteure bereit, und vielleicht fehlten nur noch die Kostüme, auf daß das Drama beginne!

Im zweiten Dezennium des 20. Jahrhunderts könnten sehr ernste Ereignisse vor sich gehen, vielleicht auch früher bei dem – wie geschildert – angesammelten Zündstoffe. Die Monarchie werde trachten, daß Konflikte vermieden werden, Redner könne aber keine Garantie dafür bieten, daß die Vermittlungsaktion wirklich Erfolg habe. Die Monarchie sei diplomatisch gut vorbereitet, die Relationen zu allen Mächten sind gute, auch die innere Lage sei – durch den dank den Bemühungen der beiden Regierungen nun perfekten Ausgleich – besser.⁷ Dennoch müsse die dringende Bitte gestellt werden, der Armee und der Flotte zu geben, was sie benötigen, im Interesse unserer Sicherheit, in Absicht darauf, im Notfalle unseren Willen auch durchsetzen zu können; daß man letzteres imstande ist, das sei politisch einzig und allein entscheidend.

Von diesem Standpunkte aus erlaube sich Redner, die Budgets der Kriegs- und Marineverwaltung auf das wärmste zu empfehlen.

Der Vorsitzende fragt nun, ob wie bisher die Budgets des Ministeriums des Äußern, des gemeinsamen Finanzministeriums und des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes zu erledigen und am Schlusse in die Beratung der militärischen Voranschläge einzugehen sei, oder ob eine andere Reihenfolge gewünscht werde. Die Konferenz beschließt, den bisherigen Vorgang beizubehalten, worauf der Vorsitzende an der Hand der Vorlagen das Budget des Ministeriums des Äußern zur Besprechung bringt.

⁶ *Siehe Anm. 2. Ententemächte: Rußland und die Habsburgermonarchie. Entente bedeutet die Vereinbarung der beiden Länder im Jahre 1897. Siehe GMRProt. v. 19. 11. 1903, GMCZ. 439, Anm. 2.*

⁷ *Siehe GMRProt. v. 9. 10. 1907, GMCZ. 462, Anm. 1. Ferner SUTTER, Die Ausgleichsverhandlungen zwischen Österreich und Ungarn 1867–1918 99–103; HANÁK, Magyarország története, 1890–1918 Bd. 1 658–664.*

Bei dem ersten Punkte „Kosten der Gehaltsregulierung“ erklärt der kgl. u. g. Ministerpräsident Wekerle, daß die ungarische Regierung dieser Regelung zugestimmt habe und die bezügliche Note am Wege sei. Da die Zustimmung der k. k. Regierung bereits vorliegt, erscheint diese Post angenommen.⁸

Zur zweiten Post „Einreihung des Ersten Sektionschefs ad personam in die zweite Rangklasse“ schlägt der k. k. Finanzminister Ritter v. Korytowski vor, daß in Analogie mit dem Vorgange in den österreichischen Budgets die Einstellung der bisherigen III. Rangklasse aufrecht bleibe und die Differenz auf das Gehalt der II. Rangklasse in einer neuen Post „Mehraufwand für die ad personam oder extra statum in einer höheren Rang- beziehungsweise Gehaltsklasse stehenden Bediensteten“ gesondert zum Ausdruck gebracht werde.

Der Staatssekretär im kgl. u. g. Finanzministerium Popovics schließt sich dieser Anregung an.

Der Vorsitzende bemerkt, daß die Sache im Wesen wohl die gleiche sei. Der gegenwärtige Erste Sektionschef im Ministerium des Äußern habe mehrere Jahre als k. k. Minister gewirkt und mußte selbstredend in der II. Rangklasse belassen bleiben. In welcher Form dies geschehe, darauf wolle er keinen Einfluß nehmen und akkomodiere er sich bereitwilligst den vorgebrachten Wünschen.

Der k. k. Finanzminister macht auf die bedeutende Steigerung des Erfordernisses im Verhältnisse zu früheren Jahren aufmerksam, wobei berücksichtigt werden müsse, daß im Budget des Ministeriums des Äußern ja auch eine Erhöhung der eigenen Einnahmen vorgesehen sei, so daß die Ausgabensumme eigentlich keine höhere sei. Er anerkenne gerne, daß bezüglich der amerikanischen Konsulate in beiden Parlamenten und in den Delegationen wiederholt Wünsche ausgesprochen wurden, denen entsprochen werden müsse. Dennoch möchte er beantragen, daß der Minister des Äußern zu einem Abstriche von 300 000 Kr. seine Einwilligung gebe.

Der k. k. österreichische Ministerpräsident Freiherr v. Beck will bezüglich der Schaffung eines Übersetzungsbureaus keine Einwendung erheben, würde aber aus taktischen Gründen vorziehen, daß statt dieser Bezeichnung die Kreierung eines neuen Departements in dem Voranschlage aufgenommen werde. Es könnten sonst auch die Böhmen, die Polen usw. mit diesbezüglichen Wünschen kommen.

Der k. k. Finanzminister meint, die Kosten schienen ihm beträchtliche, nachdem im Finanzministerium in einem solchen Falle gewöhnlich nur 30 000 Kr. beansprucht werden. Auch frage er, ob ein Hofrat an der Spitze dieses Departements stehen müsse.

Der kgl. u. g. Ministerpräsident ergreift das Wort zu der Bemerkung, daß zwar die Kreierung dieses Übersetzungsbureaus auf im voraus gepflogenen Abmachungen beruhe, daß er aber nichts dagegen habe, wenn die österreichischerseits gewünschte Form gewählt werde. Was aber die Organisation dieses Bureaus betreffe, so mache er auf die große Verantwortung aufmerksam, die dem Chef desselben zufalle.

⁸ Die Note der beiden Ministerpräsidenten an Aehrenthal über die Gehaltsregulierung war nicht auffindbar. Zur Gehaltsregulierung siehe ALLMAYER-BECK, Ministerpräsident Baron Beck 217–219.

Seinerseits wolle er noch proponieren, daß die weitere Post „Kreierung von zwei Hof- und Ministerialkonzipisten II. Klasse“ mit der in Rede stehenden vereinigt werde. Im übrigen fallen die Systemmaßnahmen und die Durchführung derselben in das Ressort des Ministers des Äußern, und möchte er daher auf die Details dieser organisatorischen Maßnahme nicht weiter eingehen.

Der k. k. Finanzminister anerkennt vollkommen diesen Standpunkt und ersucht den Vorsitzenden, sich zu der Reduktion äußern zu wollen.

Der Vorsitzende erklärt, daß er bei Zusammenstellung des Budgets auf das Mindestfordernis sich beschränkt habe. Um jedoch den Rücksichten auf die Staatsfinanzen möglichst Rechnung zu tragen, erlaube er sich folgenden Vorschlag zu stellen: Das ausgewiesene Mehrerfordernis betrage 878 023 Kr., wovon die Ergänzungen per 121 825 Kr. der im Vorjahre nur mit Halbjahrtangenten eingestellten Summen als reine Konsequenz der bereits erfolgten Bewilligung in Abzug zu bringen seien, so daß ein Nettomehrerfordernis von 756 198 Kr. erübrige. Falls er nun bei einigen Posten kurze Anfallstermine einstelle, so könnte er mit 634 426 Kr. das Auslangen finden. Er bitte daher um die Zustimmung, daß er per 1908 diesen letztbezzifferten Betrag präliminieren könne.

Der Staatssekretär im kgl. ung. Finanzministerium Popovics gibt zu, daß man von den Konsequenzen der vorjährigen Bewilligungen absehen müsse. Er glaube jedoch, daß der Minister des Äußern mit dem ihm konzidierten Pauschale von 578 023 Kr., über das ihm vollkommen freie Verfügung zustehe, umso leichter auskommen werde, als die Schlußrechnungen des Ministeriums des Äußern jetzt günstige, ja sogar sehr günstige Resultate ergeben.

Nachdem der Vorsitzende der Reduktion zustimmt, wird das Budget des Ministeriums des Äußern im Ordinarium und im Extraordinarium zusammen mit 13 266 547 Kr. angenommen.

Bei der Votierung der beiden Nachtragskredite des Ministeriums des Äußern bemerkt der Vorsitzende, daß die lange Dauer der Haager Konferenz die Kosten der österreichisch-ungarischen Delegation höher gestellt habe, als bei Verfassung des Präliminares angenommen wurde, und sonach der bezügliche Nachtragskredit um 25 000 Kr., somit von 80 000 Kr. auf 105 000 Kr. erhöht werden mußte. Die Konferenz nimmt dies zur Kenntnis.

Der Voranschlag des gemeinsamen Finanzministeriums, welcher infolge der Vertagung der Pensionsregulierung und somit der Ausscheidung der betreffenden erhöhten Pensionsbeiträge nunmehr ein Nettomehrerfordernis von 162 598 Kr. aufweist, und das Budget des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes (+ 7627 Kr.) sowie der Zollgefällsvoranschlag (+ 7 479 200 Kr.) werden ohne Debatte angenommen.

Über Anregung des gemeinsamen Finanzministers wird festgesetzt, daß im Entwurfe der von den Delegationen zu fassenden Beschlüsse der die Zolleinkünfte betreffende Passus in derselben Form lauten solle, wie in den letzten Jahren, die Quotisierungsklausel dagegen wie folgt: „Der unbedeckt bleibende Teil der gemeinsamen Auslagen ist zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen Krone nach dem im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen festzustellenden Beitragsverhältnisse aufzuteilen.“

Es wird nun zur Beratung des Kriegsbudgets geschritten.

Der gemeinsame Kriegsminister F Z M. Schönaich betont, daß der von ihm vorgelegte Voranschlag nach gewissenhaften Erwägungen verfaßt worden ist. Er sei der Konferenz ein Bild schuldig über die wahren Verhältnisse und er habe daher reinen Wein eingeschenkt. Das ausgewiesene Mehrerfordernis bestehe aus Sanierungsposten, aus der Gagenerhöhung und aus einigen anderen Anforderungen. Der Kriegsminister bitte die Konferenz, sich zunächst über die geplante Gagenerhöhung zu äußern.⁹

Der kgl. ung. Ministerpräsident Wekerle ist prinzipiell mit der Erhöhung der Bezüge der Offiziere einverstanden, zumal nicht nur Billigkeitsrücksichten für eine Erhöhung sprechen, sondern auch bei dem Umstande, daß sozusagen sämtliche Angestellten des Staates einer Verbesserung der Bezüge teilhaftig wurden, die Gerechtigkeit ein gleichmäßiges Behandeln der Angestellten des Heeres erfordert. Diese seine Ansicht werde auch von den Mitgliedern der ungarischen Regierung geteilt. Zu seinem Bedauern sei er jedoch genötigt, den Standpunkt einzunehmen, daß die Gagenerhöhung der Offiziere in das Budget nicht aufgenommen werde. Die heute die Mehrheit des ungarischen Reichstages bildenden koalitierten Parteien vertreten den Standpunkt, daß sie sich nur zur Votierung der normalen Heeresauslagen verpflichtet haben, und in eine weitergehende Verpflichtung nur nach Regelung der das Heereswesen betreffenden schwebenden Fragen eingehen könnten.¹⁰ Als eine weitergehende Verpflichtung wird auch die Gagenerhöhung betrachtet. Abgesehen von diesem Standpunkte der koalitierten Parteien glaube aber Redner auch aus politischen Rücksichten die Frage der Gagenerhöhung jetzt nicht zur Austragung bringen zu können. Die parlamentarische Durchführung des Ausgleiches und der Quotenerhöhung sowie der Lösung der Bankfrage seien an und für sich schon mit großen Schwierigkeiten verbundene Aufgaben. Und es könnte voraussichtlich die Durchführung dieser für die Monarchie in erster Reihe wichtigen Fragen gefährdet werden, wenn auch mit den Gagenerhöhungen hervorgetreten würde. Redner sei sich zwar bewußt, daß diese Frage als eine eminent wichtige betrachtet werden müsse und daß die Position des Kriegsministers dem Heere gegenüber eine sehr schwierige und verantwortungsvolle sei, glaubt aber, daß die Position des Kriegsministers erleichtert würde, wenn er gelegentlich der Einbringung des Budgets oder – falls ein Provisorium in Verhandlung stehen sollte – auch erst während der Beratung der Indemnitätsvorlage sich dahin äußern würde, daß er sich vorbehalten müsse, in betreff der Gagenerhöhungen nach Beendigung der diesbezüglich eingeleiteten Verhandlungen an die Delegationen heranzutreten. Diese

⁹ *Aehrenthal unterstützte den gemeinsamen Kriegsminister in der Frage der Gehaltsregulierung und drohte mit seinem Rücktritt, falls sie vom Ministerrat abgelehnt werden sollte. Immediatvortrag v. Aehrenthal v. 25. 10. 1907, HHSTA., PA. I, Karton 624, 644/CdM. Der Monarch übte Druck auf die beiden Ministerpräsidenten aus: Ich bitte nachdrücklich um die Förderung der Angelegenheit. Ah. Handschreiben an die beiden Ministerpräsidenten v. 25. 10. 1907, KA., MKSM. 43–2/4/1907.*

¹⁰ *Zum Paktum zwischen der Koalition und dem Herrscher vom 6. 4. 1906 und den Bedingungen zur Ernennung Wekerles zum Ministerpräsidenten siehe HANÁK, Magyarország története 1890–1918, Bd. 1 605–606. Das Paktum berührte nicht die militärischen Fragen. Den Originaltext siehe in OL., Sektion I–35, Nachlaß Daruváry, Karton 1, veröffentlicht in LÁNYI, A Fejérváry-kormány 190 f.*

Erklärung werde von den Delegierten günstig aufgenommen werden, und zwar von einem Teile uneingeschränkt, von einem anderen unter gewissen Vorbehalten. Ohne in stände zu sein, gegenwärtig eine Verpflichtung zu übernehmen, sei Redner der Meinung, daß nach Austragung der mit dem Ausgleiche im Zusammenhange stehenden Angelegenheiten die Frage der Gagenerhöhung derart vorbereitet werden könnte, daß eventuell noch während der nächsten Delegationsberatungen oder aber gelegentlich der Beratung des gemeinsamen Budgets pro 1909 – was Ende Mai 1908 erfolgen dürfte – auch die die Gagenerhöhung betreffenden Vorlagen unterbreitet werden könnten.

Dr. Wekerle lenkt bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit der Konferenz darauf, daß die Zeitungen Nachrichten über die konfidentiellen Beratungen bringen und sich in ganz erstaunlicher Weise informiert zeigen.¹¹ So bringe die „Neue Freie Presse“ einen Artikel über seine Unterredung mit dem Kriegsminister, die fast wortgetreu wiedergegeben sei. Er möchte daher bitten, daß alle Vorsichten und Vorkehrungen getroffen werden, damit das Geheimnis besser gewahrt werde und Indiskretionen durch untergeordnete Organe nicht vorkommen.

Der k. k. Ministerpräsident v. Beck erklärt, sich grundsätzlich für die Erhöhung der Offiziersgagen aussprechen zu müssen, da für die österreichische Regierung nicht derartige politische Schwierigkeiten bestehen wie für die ungarische. Er halte die Erhöhung der Offiziersgagen prinzipiell für gerechtfertigt, andererseits sei er objektiv genug, die großen Schwierigkeiten anzuerkennen, vor welchen die ungarische Regierung stehe, und da seitens der österreichischen Regierung nicht einseitig vorgegangen werden könne, so erübrige wohl nichts, als diesen Schwierigkeiten Rechnung zu tragen und einen Ausweg zu suchen, der die Durchführung der Gagenerhöhung raschestens ermögliche. Jedenfalls sei in dieser Frage im Interesse der Sache selbst ein vorsichtiger Vorgang geboten, weil – wie erinnerlich – seinerzeit durch die voreilige Aufrollung der großen Militärfragen eine ganze Kette von politischen Krisen ausgelöst worden ist. Im Interesse der Realisierung der Gagenerhöhung begrüße er die Anregung, mit welcher der ungarische Ministerpräsident hervorgetreten sei, wornach sich der Kriegsminister bei Einbringung der Vorlagen in dem von Dr. Wekerle angedeuteten Sinne äußern solle.

Auch hinsichtlich des weiteren Vorgehens in dieser Angelegenheit teile er den Standpunkt des ungarischen Ministerpräsidenten und proponiere, daß – falls eine günstigere Lösung nicht möglich sei – unter den im nächsten Jahre einzubringenden einschlägigen Vorlagen auch eine solche über einen Nachtragskredit zum Zwecke der Durchführung der Offiziersgagenerhöhung im Jahre 1908 sich befinden solle. Redner würde es schon für einen großen und gerechtfertigten Erfolg halten, wenn es hiedurch wenigstens ermöglicht würde, für einen Teil des kommenden Jahres – etwa für ein Halbjahr, ja sogar für ein Vierteljahr – die Offiziersgagen zu erhöhen, damit um den Preis eines verhältnismäßig nicht großen Opfers die Sache selbst für die Zukunft gesichert sei.

Der V o r s i t z e n d e gibt seinem Danke und seiner Befriedigung Ausdruck, daß beide Regierungen prinzipiell bereit sind, die Gagenerhöhungen zu konzedieren. Er

¹¹ Voraussichtliche Vertagung der Offiziersgagenerhöhung, NEUE FREIE PRESSE v. 27. 10. 1907 (M.).

begreife den Standpunkt der ungarischen Regierung und schließt sich der wirklich sehr dankenswerten Anregung des kgl. ung. Ministerpräsidenten an.

Der k. k. Finanzminister Ritter v. Korytowski, welcher nunmehr das Wort ergreift, erklärt zunächst einige Bemerkungen gewissermaßen pro domo sua machen zu müssen. Bereits seit längerer Zeit werden in verschiedenen Kreisen Gerüchte verbreitet, die anscheinend aus militärischen Sphären stammen und dahin lauten, daß Redner ein Gegner der Regelung der Offiziersbezüge sei. Wie unrichtig diese Behauptungen sind, dafür könne er sich auf das Zeugnis des Kriegsministers berufen. Allerdings habe die österreichische Finanzverwaltung in Beantwortung einer diesfälligen im Wege des Ministerpräsidenten an sie gelangten Note des Kriegsministeriums die Vorschläge der Heeresverwaltung in bezug auf die Erhöhung der Militärgagen zum Zwecke einer entsprechenden Konformierung derselben mit den gesetzlichen Bestimmungen über die Bezüge der Staatsbeamten einer Kritik unterzogen und in dieser und jener Richtung Abänderungen der Vorschläge beantragt. Damit habe sie nur ihre Pflicht erfüllt. Der vom Redner in dieser Frage im engsten Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten eingenommene Standpunkt war aber von Anfang an grundsätzlich ein in jeder Hinsicht wohlwollender und die Aktion fördernder, was dem Kriegsminister auch vom Ministerpräsidenten genau mitgeteilt worden sei. Trotzdem wollen die vorerwähnten Gerüchte nicht verstummen, und noch gestern sei er beim Betreten des Parlaments von einer Schar von Journalisten mit Fragen bestürmt worden, ob es richtig sei, daß er wegen der Reguierung der Offiziersgagen mit dem Kriegsminister in Konflikt geraten wäre.

Dies vorausgeschickt, wiederhole Redner mit aller Entschiedenheit, daß er es als eine Unbilligkeit betrachten würde, wenn man – nachdem die Bezüge der Zivilstaatsbediensteten kürzlich erhöht worden sind – den Offizieren eine den Zeitverhältnissen entsprechende Erhöhung ihrer Bezüge verweigern wollte. Er nehme vom Standpunkte der österreichischen Finanzverwaltung keinen Anstand, einer solchen recht baldigen Erhöhung zuzustimmen, und habe auch durch Schaffung von versteckten Reserven im Präliminare per 1908 für diesen Aufwand bereits vorgesorgt. Wenn nun gegenwärtig die ungarische Regierung laut Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten aus politischen Gründen vor der Erledigung der Ausgleichsvorlagen und vor der Regelung der Bankfrage nicht in der Lage sei, mit der fraglichen Forderung vor die Delegationen zu treten, so hoffe Redner doch, daß es möglich sein werde, schon in der unmittelbaren Folge, d. h. nach Erledigung der eben erwähnten Angelegenheiten – etwa im Februar oder März – die Bewilligung hiezu, und zwar mit der Rückwirkung vom 1. Jänner 1908 von den Delegationen zu erlangen, und diese Bewilligung für die Armee mit dem Jubiläumsjahre Sr. Majestät zu verknüpfen. Redner könne ebenso, wie es der ungarische Ministerpräsident bereits getan habe, sein Bedauern darüber nicht unterdrücken, daß die Armeeverwaltung nicht in der Lage ist, es zu verhindern, daß alle diese Maßnahmen vor Abschluß, ja manchmal sogar vor der Einleitung der Verhandlung mit den Regierungen der beiden Staaten durch Verbreitung von Gerüchten und im Wege der Presse in die Öffentlichkeit gelangen. Der Inhalt der die Gagenerhöhung betreffenden Note des Kriegsministers sei gleichzeitig mit dem Absenden der Note an den k. k. Ministerpräsidenten in den Zeitungen nahezu wortgetreu, jener betreffend die Erhö-

hung der Marineoffiziersgagen aber, noch bevor die Note in den Händen der k. k. Regierung sich befand, im „Fremdenblatt“ – gleichfalls nahezu wörtlich – wiedergegeben worden.¹² Und dasjenige, was die „Neue Freie Presse“ von heute über die Verhandlungen der Kriegsverwaltung mit den beiderseitigen Regierungen mitteilt, sei eine fast getreue Wiedergabe jener Äußerungen, die der ungarische Ministerpräsident gestern ihm, dem Redner gemacht, und die Dr. Wekerle, nach seiner Mitteilung, vormittags dem Kriegsminister gegenüber zum Ausdruck gebracht habe.¹³ Der Redner begreife es wohl, daß die Mitteilungen der Presse über diese Angelegenheiten die bestgemeinten Absichten der kgl. ung. Regierung zu erschweren geeignet sind, und er sei auch der Meinung, daß ein derartiges Vorgehen sicherlich nicht dazu beitragen könne, das gegenseitige Einvernehmen zu fördern. Er möchte auf gewisse Vorfälle aus früherer Zeit, die den interessierten Kreisen wohlbekannt sind, im gegenwärtigen Momente nicht zurückkommen, glaube aber darauf aufmerksam machen zu sollen, daß in Militärkreisen irgendwelche Indiskretionen vorkommen, deren Abstellung seitens des Kriegsministers beziehungsweise des Herrn Marinekommandanten im Interesse der Sache sich dringend empfehlen würde.

Der k. k. Ministerpräsident erklärt, sich den Ausführungen des ungarischen Ministerpräsidenten beziehungsweise des k. k. Finanzministers bezüglich der Publikationen in der Presse vollständig anschließen zu müssen. Er führt dann aus, daß vor der nationalen Verständigung in Österreich die Wahlen in die Delegationen nicht durchführbar wären, denn es bestände die Gefahr, daß aus Böhmen, Mähren, eventuell auch aus Schlesien kein Deutscher in die Delegation käme, was sehr bedenklich sein würde.¹⁴

Nach einer kurzen Debatte wird in Aussicht genommen, an Ah. Stelle als Zeitpunkt für die Einberufung der Delegationen den 20. Dezember in Vorschlag zu bringen. Dieselben hätten bis zum Jahresschlusse nur eine Indemnität für drei Monate zu beschließen und ihre Beratungen erst im Laufe des I. Quartals 1908 wieder aufzunehmen.

Der Vorsitzende bittet den Kriegsminister, sich zur Anregung bezüglich der Offiziersgagen zu äußern. Er selbst pflichte den Argumenten für die rasche Durchführung dieser Angelegenheit bei, sehe aber ein, daß man sich den ungarischerseits vorgebrachten politischen Gründen nicht verschließen könne.

Der gemeinsame Kriegsminister ist für die allseitige wohlwollende Stellungnahme sehr dankbar. Er habe aber schon seinerzeit als Minister für Landesverteidigung erklärt¹⁵ und müsse diese Erklärung heute wiederholen, daß sich die Armee

¹² Die morgige gemeinsame Ministerkonferenz, NEUE FREIE PRESSE v. 27. 10. 1907 (M.).

¹³ Eine zusammenfassende Darstellung über die Gagenerhöhung der Offiziere und der einschlägigen Pressemitteilungen brachte die NEUE FREIE PRESSE v. 30. 10. 1907 (M.).

¹⁴ Die Regierung Beck unternahm ernste Bemühungen um die Schaffung eines tschechisch-deutschen Ausgleichs in den böhmischen Ländern, die jedoch nur in Mähren von Erfolg gekrönt waren, wo die meisten Mandate zwischen den Tschechen und den Deutschen aufgeteilt wurden. HUGELMANN, Das Nationalitätenrecht des alten Österreich 253; ALLMAYER-BECK, Ministerpräsident Baron Beck 230 ff.; BOSL, Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder, Bd. 3 189.

¹⁵ Franz Schönaich, 11. 3. 1905 – 24. 10. 1906 k. k. Landesverteidigungsminister.

vernachlässigt fühle und alle Ursache zu tiefergehender Unzufriedenheit hätte. Das Offizierskorps sei nach den früheren unangenehmen Erfahrungen nun neuerlich einer Belastungsprobe ausgesetzt, was umso mehr hervorgehoben werden müsse, als dasselbe begreiflicher und löblicher Weise kein Verständnis für politische Schwierigkeiten zeige. Er wolle nicht, daß es heiße, er klammere sich an sein Portefeuille, man würde ihm das aber vorwerfen, wenn er jetzt wieder nichts erreiche und am 1. Jänner ohne Gageregulierung dastehe. Er bitte um die Ansicht der Konferenzteilnehmer, denn seine Stellung erscheine ihm unhaltbar. Was die Vorwürfe bezüglich der Presse betreffe, so müsse er zunächst konstatieren, daß er niemandem eine Mitteilung über seine Unterredung mit Dr. Wekerle gemacht habe, ferner daß Indiskretionen auch anderswo vorkämen. Das Kriegsministerium sei wie ein Vogelhaus gebaut, und mit seinen drei Stiegen und den vielen Gängen schwer überwachbar, außerdem sind die Abteilungen des Kriegsministeriums in sieben verschiedenen Häusern zerstreut. Er werde aber – wie er bisher schon das Entsprechende getan – alles anwenden, damit auch in dieser Beziehung Ordnung geschaffen werde.

Der kgl. ung. Ministerpräsident wiederholt, daß eine Gagenerhöhung in Ungarn jetzt nicht durchgebracht werden könne, umso weniger, als die Regulierung der Bezüge der ungarischen Beamten noch nicht ganz durchgeführt sei. Er glaube jedoch, daß durch die bei Einbringung der Indemnitätsvorlage abgegebene Erklärung des Kriegsministers, daß er sich vorbehalten müsse, in dem fraglichen Belange mit besonderen Vorlagen hervortreten, das Offizierskorps beruhigt sein werde. Wenn die Erhöhung erst in der zweitnächsten Session zur Einbringung gelange, würde pro 1908 ein Nachtragskredit verlangt werden. Unter diesen Umständen könne der Kriegsminister der weiteren Entwicklung ruhig entgegensehen.

Der k. k. Finanzminister gibt der Erwartung Ausdruck, daß es möglich sein werde, auch im Falle der Vertagung der Frage bis zur zweitnächsten Session, die bald nach der nächsten abgehalten werden dürfte, die Regulierung vom 1. Jänner 1908 an in Wirksamkeit treten zu lassen.

Der Kriegsminister ist mit der Proposition des kgl. ung. Ministerpräsidenten insofern einverstanden, als er die Durchführung der Gagenerhöhung in der kommenden Session ab 1. Jänner 1908 anstrebt.

Es wird nun zur Beratung des Kriegsbudgets geschritten.

Der k. k. Finanzminister gibt zunächst eine Darstellung der Mehranforderungen der Kriegsverwaltung seit dem Jahre 1899.

Der kgl. ung. Ministerpräsident erinnert daran, daß er schon im Jahre 1892 einen Vorschlag gemacht habe, einen Plan für eine längere Reihe von Jahren bezüglich der normalen Erhöhung des Kriegs- und des Marinebudgets festzulegen, auch im Vorjahre sei auf seine Anregung das Budget für Schiffserneuerungen um 10 Millionen erhöht worden; er habe dies durchgesetzt, weil er die Notwendigkeit erkannt und begründet hätte.

Staatssekretär Popovics referiert über die gestern unter seinem Vorsitz abgehaltene interministerielle Konferenz, welche bis auf einige Punkte zu einem Resultate gelangt sei. Über diese letzteren gibt der Kriegsminister Auskünfte. Es entspinnt sich eine Debatte, in deren Verlaufe der ung. Ministerpräsident

darauf hinweist, daß aus dem Umstande, daß Ungarn die meisten Remonten liefere, nicht ein Vorteil für Ungarn deduziert werden könne, nachdem die Zucht kaltblütiger Pferde viel rentabler sei und die ungarische Regierung nur im Interesse der Armee auf die Beibehaltung der Zucht warmblütiger Pferde Einfluß nehme. Gegen diese Auffassung nimmt der k. k. Finanzminister Stellung, Dr. Wekerle beharrt aber bei seiner Auffassung.

Der Vorsitzende lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß, wenn man mit den Fortifikationen etc. zu spät komme, dies unwirtschaftlich sei, weil die ganzen bisherigen Auslagen umsonst gemacht worden wären.

Der kgl. ung. Ministerpräsident kommt darauf zurück, daß für die Heeresauslagen ein Rahmen geschaffen werden müsse. Er schlägt für die Erhöhungen des Ordinariums, Extraordinariums und des Okkupationskredites pro 1908 ein Pauschale von 7,1 Millionen vor.

Der gemeinsame Kriegsminister akzeptiert nach einigen Einwendungen diese Summe unter dem ihm zugestandenem Vorbehalte, innerhalb des Budgets die ihm nötig erscheinenden Verschiebungen vornehmen zu dürfen. Der außerordentliche Artilleriekredit und die Nachtragskredite werden angenommen.

Es gelangt nunmehr das Marinebudget zur Verhandlung und entwickelt sich hierüber eine sehr langwierige Diskussion, in deren Verlaufe der Vorsitzende bemüht ist, die beiden Regierungen zu bestimmen, den Wünschen des Marinekommandanten Rechnung zu tragen, und betont, daß niemand die Verantwortung übernehmen könne, wenn die neuen Schiffe erst nach 1911 fertig würden.

Der kgl. ung. Ministerpräsident macht aufmerksam, daß, wenn die Fahnenfrage in der Marine nicht geregelt sein werde, die ungarische Delegation das Marinebudget nicht votieren dürfte.¹⁶ Es wird nun bezüglich der Kriegsflagge konstatiert, daß selbe ein Familienwappen enthält.

Der Marinekommandant Graf Montecuccoli sagt, daß er für Schiffsbauten folgende kontraktliche Verpflichtungen zu erfüllen habe: 1908: 22 Millionen, 1909: 30 Millionen, 1910: 38 Millionen, 1911: 26 Millionen. Was speziell das Jahr 1908 betreffe, so müsse er eben diese 22 Millionen bekommen, sonst könne er die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen.

Der Vorsitzende glaubt die Situation am besten mit den Worten bezeichnen zu können: Die Marine dürfe nicht in der Luft schweben. Es wird von allen Konferenzteilnehmern anerkannt, daß eine Hinausschiebung der Schiffsbauten nicht möglich sei, der ung. Ministerpräsident hebt aber speziell hervor, daß ungarischerseits nur ein Mehraufwand von 20 Millionen für die gemeinsamen Auslagen in Aussicht genommen werden konnte. Schlage man hievon 6,8 Millionen für die Offiziersgagen und 7,1 Millionen für das Kriegsbudget ab, so verblieben 6,1 Millionen.

¹⁶ Die ungarische Delegation drängte bereits 1906 darauf, daß die Flaggenfrage in der Marine geregelt wird. Zusammenfassende Darstellung der Geschichte dieser Frage: KA., KM., Präs. 37-4/6-5/1907. Die MKSM. mahnte am 6. 6. 1907 zur Vorsicht, damit die Flaggen- und Wappenfrage in der Kriegsmarine das gesamte staatsrechtliche Problem nicht erneut ins Rollen bringt, KA., MKSM. 33-4/8/1907.

Der k. k. Finanzminister meint, er schließe sich den Worten des Vorsitzenden an, die Hauptsache sei jedoch, für 1908 einen Ausweg zu finden, und da glaube er, man könnte vielleicht die Zahlungstermine verschieben.

Der kgl. ung. Ministerpräsident sagt, für die weitere Zukunft könne er eine Verpflichtung nicht übernehmen, wobei er das Wort Verpflichtung betont wissen möchte. Er wolle übrigens 10 Millionen für Schiffsbauten und 1,6 Millionen für alles andere konzedieren.

Der Marinekommandant weist auf die Steigerung der Kohlenpreise hin, dann auf das hohe italienische Marinebudget und auf den Umstand, daß das Marinebudget 1904 viel höher gewesen sei als jetzt.

Der gemeinsame Kriegsminister bemerkt auf eine Frage des kgl. ung. Ministerpräsidenten, daß er von dem Rüstungskredite statt 20 Millionen pro 1908 nur 15 Millionen in Anspruch nehmen wolle.

Der k. k. Ministerpräsident gibt seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß die Schiffsbauzeit keineswegs zu verkürzen, eventuell sogar zu beschleunigen sei. Was die Zahlung betreffe, so sei dies Sache einer Operation.

Es wird sonach für die Marine eine Erhöhung im Pauschale von 11,6 Millionen, wovon 10 Millionen für Schiffsbauten, angenommen und dem Marinekommandanten zugesichert, daß bezüglich der Zahlungen im Wege einer Operation Vorsorge getroffen werden wird. Schließlich vereinbaren die Teilnehmer, daß der Termin der Delegationen noch nicht bekanntgegeben und über die heutige Konferenz folgendes Kommuniké ausgegeben werde:

„Bei den Verhandlungen über das gemeinsame Budget wurde ein vollständiges Einvernehmen erzielt. Was die Frage der Regelung der Offiziersgagen betrifft, hat sich die Notwendigkeit ergeben, weitere Verhandlungen zu pflegen, von deren Ergebnis die endgiltige Entscheidung abhängen wird.“

Sohin schließt der Vorsitzende unter Konstatierung, daß die Tagesordnung erledigt erscheint, die Sitzung.

Aehrenthal

Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen.
Wien, 4. Mai 1908. Franz Joseph.